

Jimmy Carter erhält Friedensnobelpreis

Aus Prinzip für Vermittlung und Zusammenarbeit – Hartnäckiger Einsatz für die Menschenrechte

FRANKFURT: Mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Jimmy Carter hat das norwegische Nobelkomitee ein politisches Signal gesetzt. Der ehemalige US-Präsident ist ein erklärter Gegner eines militärischen Alleingangs der USA gegen Irak. Das Bewahren von Frieden und Vermeiden unnötiger Konflikte seien wichtige amerikanische Traditionen, sagte der 78-Jährige vor wenigen Wochen. Davon abzuweichen, bedeute eine grosse Gefahr.

Das Nobelkomitee in Oslo würdigte am Freitag dieses beharliche Eintreten Carters für den Frieden: In der gegenwärtigen Situation, die geprägt sei von Drohungen mit dem Einsatz militärischer Gewalt, sei Carter den Prinzipien treu geblieben, «dass Konflikte so weit wie möglich durch Vermittlung und internationale Zusammenarbeit gelöst werden müssen».

Die nahezu unumstrittene politische Anerkennung, die jetzt im Friedensnobelpreis gipfelt, hat Carter erst nach dem Ende seiner Amtszeit erfahren. Das Nachrichtenmagazin «Time» nannte ihn einmal den vielleicht besten Expräsidenten, den die USA je hatten.

Weniger wohlwollend fällt dagegen das Urteil über Carters Präsidentschaft von 1977 bis 1981 aus, bleibt seine Amtszeit aussenpolitisch doch verbunden mit der Geisellafäre in Iran, die manche als eine der grössten Demütigungen sahen, die die USA je hinnehmen mussten. Sie begann am 4. November 1979 mit der Erstürmung der US-Botschaft in Teheran durch militante Iraner und endete erst wenige Stunden nach Carters Ausscheiden aus dem Präsidentenamt am 20. Januar 1981 mit der Freilassung der Geiseln. Das Drama überschattete das Ende von



Der frühere US-Präsident Jimmy Carter, hier neben Kubas Staatschef Fidel Castro, erhält den Friedensnobel-Preis.

Carters Amtszeit – und trug 1980 sicher massgeblich zum Wahlsieg seines Herausforderers Ronald Reagan bei.

Das Carters Präsidentschaft auch innenpolitisch wenig Erfolge aufzuweisen hatte, führten viele auf seine Unerfahrenheit zurück. James Earl Carter wurde 1. Oktober 1924 als Sohn eines Erdnussfarmers in Plains im US-Staat Georgia geboren. Schon in seiner Jugend entwickelte der gläubige Baptist seine moralische Grundüberzeugung, die später zu seinem Engage-

ment für die Menschenrechte führte. Als weitgehend unbekannter Politiker setzte er sich 1976 im Vorwahlkampf seiner demokratischen Partei als Präsidentschaftskandidat durch und gewann 1976 die Präsidentschaftswahl gegen Amtsinhaber Gerald Ford.

Nach Sadat und Begin nun Carter

Als grösster Vermittlungserfolg Carters gilt das Abkommen von Camp David, das im März 1979 in einen histo-

rischen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten mündete. Carter war es, der den damaligen ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat und den israelischen Regierungschef Menachim Begin auf seinem Landsitz Camp David an einen Tisch brachte. Sadat und Begin erhielten dafür 1978 den Friedensnobelpreis – Carter musste auf diese Auszeichnung 24 Jahre länger warten. Ausdrücklich würdigte das Nobelkomitee am Freitag Carters entscheidenden Beitrag zum Camp-Da-

vid-Abkommen. Dieser sei «schon für sich selbst genommen eine Leistung, die für den Friedensnobelpreis qualifiziert».

Doch Carter hat in dieser Hinsicht noch mehr Erfolge vorzuweisen. Mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit widmete er sich nach dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt weiter der Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Das Carter-Zentrum, das er 1982 in Atlanta mit seiner Frau Rosalynn gründete, ist inzwischen eine gefragte Adresse, wenn es beispielsweise um die Beobachtung von Wahlen in instabilen oder autoritär regierten Ländern geht.

Carter selbst vermittelte seit Ende der 80er Jahre unter anderem im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea, im Streit zwischen UN und Nordkorea um dessen Atomwaffenprogramm und im Bosnienkrieg. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 forderte der Expräsident von seinen Landsleuten mehr Verständnis für arme Länder. Der Isolationismus der USA und die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Staaten sei eine Ursache für den zunehmenden Hass auf die Vereinigten Staaten, sagte Carter im Juli in einem Interview der Nachrichtenagentur AP.

«Überall auf der Welt teilen Menschen denselben Traum von einer fürsorglichen internationalen Gemeinschaft, die Krieg und Unterdrückung verhindert», erklärte Carter am Freitag, nachdem er von der Entscheidung des Nobelkomitees erfahren hatte. Seine Vorstellung von Menschenrechten umfasse nicht nur das Recht auf ein Leben in Frieden, sondern auch das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung, Unterkunft, Nahrung und wirtschaftliche Chancen. «Ich hoffe, dieser Preis spiegelt wider, dass dieses breit angelegte Verständnis von Menschenrechten anerkannt und angenommen wird.»

Russland schliesst neue UNO-Resolution nicht länger aus

Der britische Premierminister Blair erzielt bei Treffen mit Putin in Moskau kaum Fortschritte in Irak-Frage

WASHINGTON: Der US-Kongress hat Präsident George W. Bush mit grosser Mehrheit eine Vollmacht für einen Krieg gegen Irak gegeben. Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat unterstützten auch oppositionelle Demokraten die Entschliessung.

Das Abgeordnetenhaus hatte die Vollmacht am Donnerstagnachmittag (Ortszeit) mit 296 gegen 133 Stimmen gebilligt. Die Gegenstimmen im Abgeordnetenhaus kamen vor allem von Demokraten. Nach einer langen Debatte votierte auch der demokratisch dominierte Senat in der Nacht zum Freitag mit 77 gegen 23 Stimmen für die Vollmacht.

Die Entschliessung ermächtigt Bush zu einem Militärschlag, wenn er dem Kongress bestätigt, dass alle diplomatischen Bemühungen um eine friedliche Entwaffnung Iraks fehlgeschlagen sind. Bush muss die Präsidenten der beiden Kongresshäuser spätestens 48 Stunden nach seiner Angriffsentscheidung informieren. Dem Kongress muss er mindestens alle 60 Tage einen Bericht über alle relevante Fragen der Resolution vorlegen.

Bush: Regimewechsel bleibt Ziel

Die vom Kongress verabschiedete Entschliessung enthält nicht mehr die von Bush ursprünglich verlangte Blanko-Vollmacht zur Verteidigung «der nationalen Sicherheitsinteressen der USA». Auch betont sie stärker den Weg über die UNO. Das Ziel eines Regime-Wechsels in Bagdad steht aber weiter in dem Text. «Diese Entsch-

liessung des US-Kongresses hat uns nicht überrascht und wir werden uns diesen aggressiven Plänen gegen unser Land entgegenstellen», sagte der stellvertre-

tende irakische Ministerpräsident Tarik Asis während eines Besuchs in Beirut.

Die Behauptung Washingtons, das irakische Regime stelle eine Bedro-

hung für die Staaten der Region und für die USA dar, sei falsch und lediglich ein Vorwand, sich den gesamten Nahen Osten und die Ölfelder der Re-

gion ihrem Machtbereich einzuverleiben.

Waffeninspektoren bald im Einsatz?

Die UNO-Inspektoren sollten ihre Mission in Irak «schnellstmöglich» wiederaufnehmen, sagte der irakische UNO-Botschafter Duri in New York. Seine Regierung habe ihren Wunsch in einem Schreiben an den Chef der Waffeninspektoren, Hans Blix, geäussert. Der britische Premierminister Tony Blair konnte bei seinem Werben für eine neue scharfe Irak-Resolution in Moskau kaum Fortschritte erzielen. Der russische Präsident Wladimir Putin stellte nach dem Treffen mit Blair sein Interesse an einer schnellen Rückkehr der Waffeninspektoren in den Vordergrund. Gemeinsame Lösungen wie eine UNO-Resolution schliesse er aber nicht aus, sagte Putin.

US-Militärregierung in Irak

Die USA wollen nach einer siegreichen Invasion in Irak eine Militärregierung unter US-Führung bilden. Ziel sei es, das Land vor dem Auseinanderfallen zu bewahren und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, sagte der Sprecher des Weissen Hauses. Experten des US-Militärs, unter Führung eines Militärgouverneurs, würden die Schlüsselpositionen übernehmen. Die «New York Times» berichtete, die Militär-Regierung solle in einem Zeitrahmen von Monaten oder Jahren in eine irakische Zivilregierung übergehen. Die Pläne sähen auch die Schaffung eines Kriegsverbrechertribunals für ranghohe Iraker vor.



Der britische Premierminister Tony Blair (rechts) konnte bei seinem Werben für eine neue scharfe Irak-Resolution bei Russlands Präsident Wladimir Putin in Moskau kaum Fortschritte erzielen.